Öffentliche Bekanntmachung der Planfeststellung für das Vorhaben

„Bekanntmachung Planfeststellungsbeschluss Strecke 3701, Rückbau eines BÜ, Umbau von 6 BÜ und Erstellung eines Blockabschnitts“, Bahn-km 0,637 bis 34,242 der Strecke 3701 Gießen - Gelnhausen in den Städten Gießen, Pohlheim, Lich und Hungen

Mit Planfeststellungsbeschluss des Eisenbahn-Bundesamtes, Außenstelle Frankfurt/Saarbrücken, Untermainkai 23-25, 60329 Frankfurt/Main (Planfeststellungsbehörde) vom 17.07.2025, Az. 551ppi/077-2023#005 ist der Plan für das vorgenannte Bauvorhaben gemäß § 18 Abs. 1 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) festgestellt worden. Vorhabenträgerin ist die DB InfraGO AG, Regionalbereich Mitte.

Der Planfeststellungsbeschluss ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar.

Der Planfeststellungsbeschluss mit den dazugehörigen Zeichnungen und Erläuterungen wird **ab dem 31.07.2025** für einen Zeitraum von zwei Wochen, d. h. **bis zum 14.08.2025**, im Antrags- und Beteiligungsportal des Bundes für Verkehr und Offshore-Vorhaben unter

<https://beteiligung.bund.de/DE/VorhabenFindenUndBeteiligen/Karte/vorhabenuebersicht-karte.html>

zur allgemeinen Einsichtnahme veröffentlicht. Diese Veröffentlichung ersetzt gemäß § 18b Abs. 3 Satz 1 AEG die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses und deren ortsübliche Bekanntmachung sowie die die Zustellung ersetzende öffentliche Bekanntmachung.

Auf Verlangen eines Beteiligten wird diesem eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt. Das Verlangen ist bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist an die Planfeststellungsbehörde zu richten kanzlei-sb1-ffm-sbr@eba.bund.de.

Der verfügende Teil des Beschlusses lautet:

Der Plan für das Vorhaben „Strecke 3701, Rückbau eines BÜ, Umbau von 6 BÜ und Erstellung eines Blockabschnitts“ in den Städten Gießen, Pohlheim, Lich und Hungen im Landkreis Gießen, Bahn-km 0,637 bis 34,242 der Strecke 3701 Gießen - Gelnhausen, wird mit den in diesem Beschluss aufgeführten Nebenbestimmungen festgestellt.

Gegenstand des Vorhabens ist im Wesentlichen:

- Errichtung einer Blockteilung auf der freien Strecke zwischen Gießen Pbf und Bf Pfahlgraben
- BÜ km 11,138 – Pfahlgraben III: Anpassung der Straße auf ein regelkonformes Maß inkl. Anpassung der Sicherungstechnik und Sicherungsart

- BÜ km 12,740 – Lich: Anpassung der Straße auf ein regelkonformes Maß inkl. Anpassung der Sicherungstechnik und Sicherungsart
- BÜ km 17,874 – Langsdorf: Anpassung der Straße auf ein regelkonformes Maß inkl. Anpassung der Sicherungstechnik und Sicherungsart
- BÜ km 19,315: Langsdorf IV: Anpassung der Straße auf ein regelkonformes Maß inkl. Anpassung der Sicherungstechnik und Sicherungsart
- BÜ km 23,850 – Trais-Horloff I: Auflassung mit Umlaufsperr
- BÜ km 24,266 – Trais-Horloff II: Anpassung der Straße auf ein regelkonformes Maß inkl. Anpassung der Sicherungstechnik und Sicherungsart
- BÜ km 26,387 – Trais-Horloff V: Anpassung der Straße auf ein regelkonformes Maß inkl. Anpassung der Sicherungstechnik und Sicherungsart

Gegenstand des Vorhabens ist im Wesentlichen:

Das Bauvorhaben „Strecke 3701, Rückbau eines BÜ, Umbau von 6 BÜ und Erstellung eines Blockabschnitts“ hat die bauliche Änderung von 6 Bahnübergängen zum Gegenstand. Die Anlagen liegen bei Bahn-km 0,637 bis 34,242 der Strecke 3701 Gießen - Gelnhausen im Bereich der Städte Gießen, Lich und Hungen.

Die Einwendungen der Betroffenen und der sonstigen Einwender sowie die von Behörden und Stellen geäußerten Forderungen, Hinweise und Anträge werden zurückgewiesen, soweit ihnen nicht entsprochen wurde oder sie sich nicht auf andere Weise erledigt haben.

Mit dem Vorhaben sind folgende Auswirkungen verbunden: vorübergehende und dauerhafte Grundstücksinanspruchnahmen, landschaftspflegerische Maßnahmen.

Der Planfeststellungsbeschluss enthält Nebenbestimmungen zum Schutz der Umwelt, der Allgemeinheit und zur Vermeidung nachteiliger Wirkungen auf Rechte anderer. Die Nebenbestimmungen betreffen den Immissionsschutz, den Bauablauf, den Gewässerschutz, den Naturschutz, landwirtschaftliche Belange einfügen.

Die Rechtsbehelfsbelehrung lautet:

Gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim

**Hessischen Verwaltungsgerichtshof
in Kassel**

erhoben werden.

Der Kläger hat innerhalb einer Frist von zehn Wochen ab Klageerhebung die zur Begründung seiner Klage dienenden Tatsachen und Beweismittel anzugeben.

Die Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss hat kraft Gesetzes keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss nach § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) kann nur innerhalb eines Monats nach der Zustellung dieses Planfeststellungsbeschlusses beim

**Hessischen Verwaltungsgerichtshof
in Kassel**

gestellt und begründet werden.

Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch den Planfeststellungsbeschluss Beschwerte einen hierauf gestützten Antrag nach § 80 Absatz 5 Satz 1 VwGO innerhalb einer Frist von einem Monat stellen und begründen.

Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerte von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

Der Planfeststellungsbeschluss gilt mit dem Ende der Veröffentlichungsfrist allen Betroffenen und Einwendern, denen der Planfeststellungsbeschluss nicht individuell zugestellt worden ist, als zugestellt.

Eisenbahn-Bundesamt
Außenstelle Frankfurt/Saarbrücken
Frankfurt/Main, 21.07.2025